

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/ADP/136

Bonn, den 27. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Burgfrieden

37

Wie lange noch ?

2 - 3

Nicht zu den Akten ...

82

Eine Münchnerin schrieb an Fritz Erler

4 - 5

Mit Blick auf die Zukunft

66

Gesellschaft für Sozialen Fortschritt vor neuer Weichenstellung

6

Athen und Sofia

49

Wesentlicher Entspannungserfolg auf dem Balkan

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

* * *

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

Burgfrieden?

Und wie lange ?

sp - Vor dem Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit den Außenpolitikern der CDU/CSU hieß es, die außenpolitischen Auseinandersetzungen in den Unions-Parteien gingen ihrer Entscheidung entgegen. Ein solches Wort. Hat es sich erfüllt, ist der Streit begraben? Hat sich Erhard endgültig durchgesetzt und wird es künftig keine Fronteure mehr geben? Man spricht von Burgfrieden, wie lange wird er halten?

Fragen über Fragen. Eindeutige Beantwortungen schließen sich wie die Dinge liegen, von selbst aus. Die sachlichen Gegensätze bleiben jedoch bestehen. Adenauer und Strauß, die Führer der gegen den Bundeskanzler gerichteten Fronte, haben nichts zurückgenommen, sie beharren auf ihren Zielen und sie werden wohl weiterhin alles unternehmen um den Bundeskanzler auf ihre Richtung festzulegen. Es ist freilich ein hoffnungsloses Unterfangen. Erhard kann sich, falls er fest bleibt, und wenn es zur Sekundarität auf eine breite Mehrheit im Bundestag stützen; dies ist nicht bereit, die Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag zu einem Polzen Papier werden zu lassen.

Aber zunächst sind Ferien. Für diesen Hochsommer wird keine spektakulären Entschlüsse und Entscheidungen zu erwarten. Die Regierung hat so reichlich Zeit, ihre angekündigten neuen Vorschläge in Frage einer Bewertung der Europa-Politik in aller Ruhe ausreifen zu lassen, sie ist nicht unter unmittelbarem Zwang. An wertvollen und brauchbaren Anregungen fehlt es nicht. Freilich geht es nicht an, in die zu erwartenden Vorschläge der Regierung auch die Überlegungen eines Franz Josef Strauß und seines Anhangs miteinzubeziehen. Was dieser Mann und Adenauer hier vertritt, schließt nicht mit einmütig verabredeten Beschlüssen des Bundestags. Das eine schließt das andere aus.

Die Bonner Europa-Politik ist durch die Auseinandersetzung innerhalb der Unions-Parteien ins Zwielicht geraten. Ihr wieder fest Konturen geben, bleibt die Pflicht der antretenden Bundesregierung. Unsere Freunde - und nicht nur diese - müssen wissen, woran sie mit Bonn sind. Nicht auf die großen Schritte kommt es an, dafür ist auch die Zeit nicht reif, wohl aber auf den weiteren und beständigen Ausbau des Bestehenden! So eng auch der Rahmen deutscher Außenpolitik sein mag, auf den Gebieten der Europa-Politik kann die Regierung, falls der Wille dazu besteht und sie nicht Brennschlütze an ihre Beine bekommt, mit einer Reihe von vorwärts-treibenden Initiativen und Gedanken aufwarten. Unserer Freunde wäre dies willkommen.

Nicht zu den Akten ...

Eine Mönchlerin schrieb an Fritz Erler

H.B. - Fritz Erler, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, erhält Woche für Woche Hunderte von Briefen. Aus allen Teilen des Bundesgebietes, aus allen Schichten unseres Volkes. Kein Brief wandert ungelesen zu den Akten oder gar in den Papierkorb, es sei denn, der Schreiber wäre ein Anonymus, der zu feige ist, seine Ansichten mit vollem Namen zu vertreten. Auch das gibt es natürlich. Aber zahlreicher sind doch jene Briefe, in denen interessierte Mitbürger zum politischen Geschehen konstruktiv, wenn vielfach auch kritisch, Stellung nehmen.

Zu jenen Briefen, die dem vielbeschäftigten Führer der sozialdemokratischen Opposition im Bundestag ausgesprochen Freude machten, gehörte ein sieben Seiten umfassendes Schreiben einer betagten Mönchlerin, die in aller Sachlichkeit die besonderen Mängel "der vom Wirtschaftsumbruch Übergangenen" schilderte und gleichzeitig eine ganze Reihe von Anregungen gab, die auch Fritz Erler für überaus erhellend wert hält.

Frau Hofmann, so heißt die Mönchlerin, bat beispielsweise Fritz Erler:

- * "Bitte, verhindern Sie mit allen Mitteln und Kräften weitere
- * Preissteigerungen und stoppen Sie damit die inflationä-
- * stische Geldentwertung, gleichen Sie die Renten den ge-
- * hobenen Lebensstandard der Bundesbürger an, sorgen Sie
- * für den Bau wirklich sozialer Einzelzimmerwohnungen für Alte
- * und Arme und dazu für Alters- und Pflegeheime."

Mit diesen Forderungen liegt die Mönchlerin genau auf der Linie der sozialdemokratischen Vorstellungen, wie sie im Parlament vielfach konkret vertreten wurden und auch weiterhin vertreten werden.

Aber noch bemerkenswerter erscheinen die Gedanken zu sein, die Frau Hofmann für die in der Kommunalpolitik tätigen Frauen und Mönchinnen zu Papier gebracht hat. Manche mag zwar da und dort schon verwirklicht sein, aber im großen und ganzen wird aber überall noch getan zu tun bleiben. Frau Hofmann meinte:

- * "Natürlich sollten beim Altenproblem - über die ausreichende
- * materielle Grundlage hinaus - auch die kleinen Aufmerksam-
- * keiten und Freuden nicht vergessen werden, die den alten Men-
- * schen helfen, den Lebensabend freundlicher zu gestalten. Da
- * könnte vieles durch P r i v a t i n i t i a t i v e e r-
- * r e i c h t werden, ohne Belastungen von Bund, Land oder
- * Gemeinden. Möglichkeiten dazu gibt es viele, wenn man be-
- * reits ist, darüber nachzudenken."

Hier die Klage einer alten Frau: Ihr Bruder, gekbehindert, wohnt am anderen Ende der Stadt. Sie möchte ihn etwas helfen im

kleinen Hausstand. Aber diese kleine Freude können sie sich nur leisten, denn eine Mark für Straßenbahnfahrten bedeutet ein Vermögen wenn sie von karger Rente abgezweigt werden soll. Da sind schon die Fahrten zum Facharzt kaum zu erschwingen, denn da sind auch noch die 50 Pfennig für das Rezept draufzuzahlen - und wenn es nach Blanke Plänen geht, noch viel mehr!

Warum gibt es für Empfänger kleiner Renten keinen besonderen Ausweis? Eine Fürsorgestelle oder die Polizei könnten ihn nach Vorlage des Rentenbescheides ausstellen, nachdem man sich auf Bundesebene über die entsprechende Begrenzung der Rentensumme geeinigt hat. Der Ausweis müßte zur freien (oder stark verbilligten?) Fahrt auf den öffentlichen Verkehrsmitteln berechtigen. Was käme es schon darauf an, wenn hier und da ein betagter Mitbürger mehr in Trambahn oder Bus säße. Die Hauptverkehrszeiten würden die alten Deutschen bestimmt im eigenen Interesse meiden. Wieviele könnten dadurch einmal hinaus ins Freie fahren. Aus Münchner Sicht gesehen etwa in den Zoo, in den Botanischen Garten oder dergleichen. Allerdings wären solche Besuche auch nur möglich, wenn sich die Verwaltungen einsichtig zeigten und ebenfalls - wenn der angeregte Berechtigungschein vorgelegt wird - die gleichen Vergünstigungen gewährten wie die Verkehrsbetriebe. Denn zwei Mark Eintrittsgeld in einen Tierpark, die an sich durchaus gerechtfertigt sind, ist den Kleinstrentenempfängern ganz unmöglich. Dabei haben sie sich vielleicht ein Leben lang auf ihre Ruhestandszeit, auf die Zeit für Zoo-Besuche, gefreut. Und nun stehen sie vielfach als Ausgesparte vor den Gittern. Dabei würden sich doch ein paar betagte Alte im weiten Feld der Parks und Gärten geradewegs "verkümmeln". Und zahlende Gäste könnte praktisch niemand verlieren ...

Frau Hofmann fügte noch an, daß auch Theater und Kinos in der von ihr angeregten Weise an ältere Menschen mit kleinen und kleinsten Renten denken könnten, ganz besonders die Kino-Betriebe, die doch so oft über leere Plätze, namentlich am Nachmittag, klagen.

Pritz krieger hat den Brief der betagten Frau aus München aufmerksam gelesen und ihr gleich auch geschrieben. Im übrigen ver-
fügte er aber, daß die Anregungen aus der bayerischen Metropole nicht zu den Akten gelegt, sondern zur Diskussion gestellt werden sollten. Was hiermit - wenigstens für den Bereich des Alten-Problems im kommunalen Bereich - geschehen ist.

Wir sind überzeugt, daß daraus vielerorts praktische Vorschläge erwachsen werden.

Mit Blick auf die Zukunft

Gesellschaft für Sozialen Fortschritt vor neuer Weichenstellung ?

W. R. - Auf der Mitgliederversammlung der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt am 17. Juli in Bonn, kamen die Problematik und die Schwierigkeiten deutlich zum Ausdruck, mit denen sich die Gesellschaft z.Z. auseinandersetzen und die sie bald mit Energie und Schwung überwinden muß. Will sie ihre hervorragende Stellung und die Achtung, die man ihrer Tätigkeit und wissenschaftlichen Forschungsarbeit bisher entgegengebracht hat, auch in Zukunft behalten. Die augenscheinliche Krise, in der sich die Gesellschaft befindet, wird noch durch den Wechsel im Präsidentenamt verschärft. Der bisherige langjährige Präsident, Klaus von Bismarck, legte sein Amt, das er mit viel Geschick und Erfolg seit 1958 ausgeübt hat, infolge Arbeitsüberlastung nieder. An seine Stelle tritt der Beauftragte der Evangelischen Kirche im Rheinland, von Westfalen und Lippe bei der Landesregierung von NRW, Dr. Johannes Lochring, der auch in der Sozialpolitik eine bekannte und geschätzte Persönlichkeit darstellt.

Die Gesellschaft für Sozialen Fortschritt ist die deutsche Sektion einer internationalen sozialpolitischen Vereinigung, die sich in zehn westeuropäischen Ländern, vor allem in den EWG-Ländern auf nationale Zusammenschlüsse stützt. Die deutsche Sektion, die mit zu den stärksten nationalen Gruppen gehört, wird vorwiegend durch die beiden Sozialpartner getragen. Gleichfalls gehören ihr bekannte Wissenschaftler und Praktiker aus dem sozialpolitischen Bereich an.

Vor der gesellschaftspolitischen Entwicklung überholt

Der besondere Auftrag der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt lautete "Cooperation der Sozialpartner". Dieser Auftrag war bis zum Ende der 50iger Jahre eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges. Aber der Ausbau der Selbstverwaltung und der Mitbestimmung in den Betrieben und eine allmähliche Veranschlichung der Beziehungen der beiden Partner im Arbeitsleben hat diese Aufgabe zwar nicht überflüssig gemacht, auch ist sie noch nicht vollständig gelöst, aber sie ist den beiden Partnern selbst und indirekt übertragen worden. Notwendige Entscheidungen werden heute in viel stärkerem Maße in direkten Kontakten auf allen Ebenen der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften vorbereitet und getroffen. Damit aber ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft durch die gesellschaftspolitische Entwicklung überholt worden.

Klaus von Bismarck nannte als neue Aufgabe die wissenschaftliche Beratung der Politiker zu speziellen sozialen Fragen. "Gerade weil es ungewiß geworden ist, wie wissenschaftlich gewonnene Wahrheiten in die Politik hineinwirken", sagte von Bismarck zur Begründung. Wenn aber die anderen politischen Parteien dem Vorbild der SPD folgen und sich in Fachgremien und bei Fachtagungen von Experten beraten lassen, dann wird auch die wissenschaftlich gewonnene Wahrheit in die Politik hineinwirken. Eine politische Partei, die nicht bereit ist, vor einer politischen Entscheidung den unabhängigen Wissenschaftler zu hören, wird

sich auch kaum von einer unabhängigen Vereinigung beraten lassen. Das soll zwar nicht heißen, daß die wissenschaftliche Beratung durch unabhängige Gremien nicht gebraucht wird, aber die Frage ist nur, ob der Politiker dazu der Vermittlung Dritter bedarf.

Es steht fest, eine neue Weichenstellung der Gesellschaft für sozialen Fortschritt ist erforderlich. Die Erweiterung des Vorstandes - u.a. durch den SFD-Bundestagsabgeordneten Helmut Rösch - bietet die Gewähr, daß man sich sehr bald dieser vorrangigen Aufgabe - im Interesse der gesamten Sozialpolitik - annehmen wird.

Nützliche Forschungsergebnisse

Im Anschluß an die Mitgliederversammlung gab die Gesellschaft in einer öffentlichen Vortragveranstaltung das Ergebnis zweier wissenschaftlicher Untersuchungen bekannt. Es handelt sich dabei um zwei unterschiedliche Probleme in unserem Sozialgefüge: einmal um die Situation der alten Menschen und um die Berufsausbildung als Mittel des sozialen Fortschritts. Bei der Zusammensetzung der Ausgewählten haben neben erfahrenen älteren Sachkennern auch jüngere Leute, die aus verschiedenen Arbeitsbereichen kamen, mitgearbeitet.

Beide Berichte haben bereits in der interessierten Öffentlichkeit Beachtung gefunden. Insbesondere in internationalen Gremien hat man sie als wichtiges Arbeitsmaterial zur Kenntnis genommen. Fast zur gleichen Zeit, als die GUN eine große Anfrage zu speziellen Problemen der Hilfe für alte Menschen an die Bundesregierung richtete und die SFD eine Enquete über ihre Lage forderte, hat sich der Ausschuß der Gesellschaft bereits mit diesen Problemen intensiv beschäftigt.

Als neue Forschungsthemen wurden u.a. die Berufsausbildung für Ungelernte und die nachträgliche Berufsbildung für Mädchen und Frauen sowie die Mitwirkung der Volksschulen bei der Berufswahlentscheidung und die Hinführung der Kinder auf die Arbeitswelt genannt. Auch wurde das Thema "Sozialpolitik und Geldentwertung" erwähnt.

Alle Themen sind für die gesamte gesellschaftspolitische Entwicklung wichtig. Fügen auch die dabei gewonnenen Ergebnisse zur neuen Weichenstellung der Gesellschaft für sozialen Fortschritt beitragen.

Athen und Sofia

Bedeutender Entspannungserfolg auf dem Balkan

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Was seit mehr als anderthalb Jahrzehnten unmöglich gewesen war, ist nun sozusagen über Nacht von der politischen Tagesordnung geschafft worden. Das griechisch-bulgarische Verhältnis, in der Nachkriegszeit durch eine Vielzahl ungelöster Probleme strapaziert, ist in diesen Tagen mit der Unterzeichnung einer ganzen Reihe von Verträgen maßgeblich normalisiert worden. Als sichtbarer Beweis, daß das Eis zwischen den beiden Balkanländern gebrochen ist, darf die symbolische Tatsache der Erhöhung der Gesandtschaften der beiden Länder, die außerdem nur durch Geschäftsträger besetzt gewesen sind, in Botschaftsrang sowie der Besuch des bulgarischen Ausserministers Ivan Buschhoff in der griechischen Hauptstadt Athen, der erste seit mehr als dreißig Jahren, gewertet werden.

Griechenland wird als Folge der unterzeichneten Abkommen von Bulgarien 7 Millionen Dollar Warenlieferungen erhalten. Daneben verpflichtete sich der kommunistische Nachbar zu gewissen wasserwirtschaftlichen Konzessionen, woraus Griechenland gleichfalls einen unmittelbaren materiellen Vorteil ziehen wird. Auf diese Weise ist das Problem der bulgarischen Reparationen endgültig aus der Welt geschafft worden. Diese Reparationen waren Sofia 1947 im Pariser Friedensvertrag in Höhe von 45 Millionen Dollar auferlegt, bislang jedoch nicht beglichen worden.

Jahrelang sah es so aus, als ob die Unnachgiebigkeit in dieser Frage die Normalisierung des bulgarisch-griechischen Verhältnisses verhindern würde. Die Griechen versuchten, die ihnen in dem Friedensvertrag zugesagte Summe noch durch aufgelaufene Zinsforderungen zu erhöhen; die Bulgaren kamen mit Gegenforderungen aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg. Schon damals war klar, daß es weniger um eine sachliche Argumentation ging, sondern vielmehr ein Mangel an gutem Willen jeden Annäherungsversuch von vornherein zum Scheitern verurteilte.

Daß es jetzt gleichsam über Nacht möglich geworden ist, all die aufgelaufenen Probleme zu lösen, dürfte in allererster Linie auf den Regierungswechsel in Athen zurückzuführen sein. Die Ablösung des konservativen Karamanlis durch den elastischeren Papandreu hat die Athener Regierung zu einer Überprüfung ihrer Beziehungen zu dem Lande gebracht, mit dem man die längste Landesgrenze hat. Die ungünstige Entwicklung mit einem anderen Nachbarn, nämlich der Türkei in Fragen Zypern, mag noch zusätzlich ihren Teil dazu beigetragen haben, das unerfreuliche Kapitel in den Beziehungen zwischen Griechenland und Bulgarien endgültig abzuschließen und die Weichen für einen hoffnungsvolleren Neubeginn zu stellen. Der griechische Ausserminister Kostasoulas wird wohl bald die bulgarische Hauptstadt besuchen und dabei die Möglichkeit für die vorgeschlagene Verwirklichung eines Treffens Papandreu - Schiwkoff, der beiden Ministerpräsidenten, sondieren. Kein Wunder, wenn selbst der griechische Premier in einem Schreiben an Schiwkoff die Situation zwischen den beiden Ländern mit den hoffnungsvollen Worten umschrieb, daß "die alte negative Periode nun endgültig einer neuen Epoche der Freundschaft und Zusammenarbeit Platz machen möge".